

Aus dem Lager in die Obdachlosigkeit

Ausgrenzung von Flüchtlingen durch Wohnungspolitik am Beispiel Norderstedt

von *Ellen Siebert*

MigrantInnen auf Wohnungssuche bläst in Norderstedt ein rauher Wind ins Gesicht. Die Mieten sind erstaunlich hoch, verlockt doch die Nähe zu Hamburg und zum dortigen Flughafen viele gutverdienende Pendler, sich eine Wohnung oder ein Häuschen abseits des Trubels zu mieten. Sofern das Einkommen stimmt, gibt es kein Problem. Menschen, die jedoch Leistungen vom Sozialamt oder der ARGE beziehen, haben schlechte Karten. Insbesondere MigrantInnen und Flüchtlinge bekommen dies zu spüren, wenn sie eine Wohnung suchen.

Es existieren acht Wohnungsbaugesellschaften, die in Norderstedt Sozialwohnungen vermieten. Der Bestand scheint auf den ersten Blick sehr umfangreich, bei näherem Hinsehen scheiden aber schon vier davon aus, weil es sich um Genossenschaften handelt. Bei ihnen ist es Bedingung, dass der Mieter statt einer Kaution Genossenschaftsanteile erwerben muss. Die Anteile werden anhand der Quadratmeter bestimmt, wobei erstere meist viel höher liegen als 3 Kaltmieten für eine Kaution. MigrantInnen mit dem Regelsatz von Hartz IV oder Sozialhilfe ist es so nicht möglich, die erforderlichen Summen anzusparen oder aufzutreiben. Die ARGE übernimmt diese Kosten nämlich nicht. Einzige Option wäre ein Darlehen, was von Seiten der ARGE in den seltensten Fällen erteilt wird.

Weitere Schwierigkeiten entstehen durch die am Mietenspiegel orientierten Obergrenzen für die Miete bei BezieherInnen von staatlichen Leistungen (Sozialhilfe, ALG II). Diese Mietgrenzen stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Miethöhen auf dem Norderstedter Wohnungsmarkt, da auch die Betriebskosten (ohne Heizkosten) darin enthalten sein müssen:

PERSONEN	MIETGRENZE	qm
1	376,80€	40
2	478,50€	55
3	582,40€	70
4	651,20€	80
5	732,60€	90
weitere Personen	zzgl. 80,00€	zzgl. 10

Um eine Wohnung bei einer Wohnungsbaugesellschaft zu bekommen, muss von Wohnungssuchenden zunächst eine Selbstauskunft ausgefüllt werden. Sie beinhaltet Angaben zum Einkommen, der Höchstmiete und der gewünschten Wohnung. Einige BewerberInnen haben einen Wohnberechtigungsschein (§ 5-Schein) von der Stadt erhalten, der ihnen den Zugang zu sozial geförderten Wohnungen erleichtern soll.

In der Praxis erweisen sich die meisten dieser Scheine als unbrauchbar, da es nicht genug sozialen Wohnraum gibt. Außerdem lässt sich feststellen, dass freie Wohnungen selten dem Wohnungsamt gemeldet oder öffentlich bekannt gegeben werden. In zwei kostenlosen Wochenblättern in Norderstedt, dem Heimatspiegel und dem Heimatspiegel Extra, sind Wohnungsanzeigen zu finden. Allerdings gibt es dabei nur eine Baugesellschaft, die regelmäßig inseriert. Bei telefonischen Nachfragen sind die Wohnungen stets vergeben oder werden nicht an ALG-II/ Sozialhilfe-BezieherInnen vermietet. Ähnlich verhält es sich mit privaten Inserenten. Wenn die MigrantInnen selbst dort anrufen und einen Besichtigungstermin erfragen, sind viele Wohnungen "bereits vergeben" oder die Anrufer aufgrund ihres Leistungsbezugs oder gar der ausländischen Herkunft nicht als MieterIn erwünscht.

Ergebnis dieser diskriminierenden Praxis ist, dass viele MigrantInnen und Flüchtlinge über lange Zeit (bis zu 18 Monaten) auf Wohnungssuche sind. Deshalb besteht aus praktischer Sicht dringender Handlungsbedarf: Erstens, indem die Stadt die Mietgrenzen an die aktuellen Mieten anpasst. Zweitens muss es eine bessere Kommunikation über freistehende Wohnungen zwischen Baugesellschaften und Suchenden geben. Drittens gilt es, weiter durch Öffentlichkeitsarbeit und Vermittlung die Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund in den Städten und Kreisen zu reduzieren, damit sie entsprechend des Nationalen Integrationsplans an der Gesellschaft aktiv teilnehmen können.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Einladung der Stadt Norderstedt zu einem runden Tisch: Im Frühjahr 2010 treffen sich VertreterInnen der Wohnungsbaugesellschaften und des Norderstedter Arbeitskreises "Obdach für alle", um gemeinsam die Wohnungsproblematik zu erörtern. Hoffentlich nach dem Motto der Stadt "Norderstedt lernt".

